

**Bezugspreise:**

Die Halle monatlich bei postmässiger  
Voranzahlung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, sechs Monate 42,00 Mark,  
ein Jahr 78,00 Mark, die halbjährliche  
einmalige Zahlungsgeldgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Rich-  
tungsorten entgegen genommen. In-  
ständig, Zeitungserwerb, nicht unter  
60 Jahre, Zeitung eingetragene, für  
mehrerlei eingegangene Mann-  
schaften sind keine Gewähr über-  
nehmen. Herausgeber: Dr. G. H. H. H.  
G. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H.  
G. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H.  
G. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H. H.

**Abend-Ausgabe.**

# Zeitung

**Sonntagsausgabe**

**Anzeigepreise:**

Die 8 gefaltete 34 mm breite Zei-  
tungszeile oder deren Raum 60 Pf.,  
zweiwöchentlich 1,20 Mark, monatlich  
2,40 Mark, dreimonatlich 6,00 Mark,  
vierteljährlich 10,00 Mark, halbjährlich  
18,00 Mark, ein Jahr 32,00 Mark.  
Langfristige Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtlich  
Anzeigengeschäfte, Erläuterung  
gibt, Erwerb, täglich 5 mal,  
Sonntags am Montag, am  
Schreibstube mit Haupt-  
Kassierstelle: Halle, Neue Promen-  
ade 1a, Dr. Braunstr. 17,  
Halle - Geschäftsstelle: Große  
Wallstraße 52 und Markt 2a,  
Dessau - Konto Leipzig Nr. 4908.

**Nr. 36.**

**Halle, Sonnabend, den 22. Januar 1921.**

**Einzelpreis 30 Pf.**

## Heeresgesetzgebung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Seit dem Ende des vergangenen Jahres ist der vom Ste-  
gerunde belohene Abbau alles dessen, was von dem alten  
Heer und den Wehrbüchern der Lieberangelt noch geblieben war,  
vollendet. Die Wehrmacht der heutigen Republik mußte also  
durchaus neu aufgebaut werden; und das Wehrministerium  
hatte es dadurch nicht leichter, daß seine Arbeit auf unbeding-  
te Schiene des Wehrgesetzes betriebe. Die Größe, Zusam-  
menfassung, Einteilung, Bewaffnung des Heeres, Dienstzeit  
und Ersatz sind durch fremdes Schicksal bestimmt.

Die nächste Aufgabe, die Sicherung des Bundesstaatsauf-  
baues, ist heute rechtlich durchgeföhrt. Zur Ausführung  
des jetzigen Rahmens aber fehlen noch etwa 10 000 Mann,  
so daß heute das deutsche Heer als Ganzes nicht einmal  
die von den Verbänden wünschenswerten zureichenden  
erreicht. Es versteht sich von selbst, daß an dem Ausfall nicht  
die Offiziere und die Unteroffiziere beteiligt sind. Hier geht  
es nicht, Wehrmilitäre zu finden, sondern die Härte der un-  
vermeidbaren Entlassungen zu mildern. Die Zahl der Offi-  
ziers ist durch den Friedensvertrag bestimmt; sie läßt sich auf  
keine Weise erhöhen; man muß sich also, von Regierungen,  
die mit der Eingangsfrist der Bundesstaatsaufbaues noch  
nicht glauben rechnen zu müssen, geziehen, mußte unzulässig  
bleiben. Von den noch dienftunfähigen Unteroffizieren konnte  
immerhin die Hälfte ins neue Heer übernommen werden.  
Freiwillig verringern sich damit und bei der Begrenzung des  
durch den Friedensvertrag gestatteten Ersatzes (jährlich 5 v. H.  
der Gesamtzahl) für die jüngeren Berufsstände die Aus-  
sichten auf Verbesserung. Bist auf die Wehrzeit der Ver-  
pflichtung Vertrag auf viele Jahre; es braucht Offiziere und  
Unteroffiziere zu verziehen, so wie eine andere seiner Be-  
stimmungen, die Verpflichtung zum anschließenden Dienst, ab-  
schließend auf noch zu wählenden Mannschaften. Dem  
Wahlrecht der Offiziere über das Wehrgesetz, der Ausgewählten  
(ann nur eine zweifelhafte Weigerung abgeben, und Wehr-  
ungen haben insofern, es nur Aussicht auf Erfolg, wenn  
die Grundgedanken des Heeres der Wehrverwaltung bestätigt  
sind. Solcher Gesetze gibt es drei: das Wehrgesetz, das Wehr-  
machergesetz, und das Wehrmilitärschulungsgesetz.

Zweck des Wehrgesetzes ist es, die organisatorischen Grund-  
lagen zu schaffen und die Dienstverträge zu regeln. Das  
Heer soll in seinem Aufbau einheitlich und es soll ein zu-  
verlässiges, bewegliches Wehrwesen in den Händen der Reichs-  
regierung sein. Die Wehrung, den Gedanken der Landesman-  
schaftlichen Verfassung berücksichtigend, zu überarbeiten, ist  
sicherlich nicht gering, man wird sie bei den Entscheidungen im  
Wehrtag beschließen. Dennoch ist, auch nach der Auffassung  
des Wehrministeriums, die Gefahr, mit der solche Überarbeit-  
ungen die Einheit des Heeres bedrohen könnten, nicht groß;  
aus dem Heer wird nicht, in dem Wehrmilitär noch hin-  
zuführender Freizügigkeit, der nötige Gegenstand entstehen.  
Wehrminister ist das Wehrwesen; mögen sie, wie die  
Berechtigungen rechtlich und links (Rationalisierungs des  
Berufsstandes, Republikanischer Führer), ihren Zweck  
in politischer, oder, wie die mittleren Gruppen, mehr in  
militärischer Betätigung sehen.

Die Verwaltung des neuen Heeres kann nicht politischer,  
gehobene denn parteipolitische Gesichtspunkte sein; eben-  
sondern kann sie den Wehrmilitären Vereinigungen zur Be-  
stimmung ihrer Verantwortlichkeiten, die sich durch die Wehr-  
gesetzgebung unter allen Umständen beschließen muß, aber die be-  
traufte Zusammenfassung des Soldatenums als solchem: das  
Heer als Gesamtheit.

Der erste, wesentliche, ist die Aufgabe des Wehrverwal-  
tungs. Der Soldat muß aber seine nachmittägliche Zukunft  
beruht werden, und kann es auch; selbst dann, wenn, wie  
früher, die große Mehrheit der Ausgewählten die Beamten-  
stellungen der freien Berufe vorzieht. Die Zahl der An-  
wärter ist ja nicht mehr groß.

Das Wehrmilitärgesetz soll die Brücke zwischen der Abteil-  
ung staatsrechtlich verfähiger Fälle und dem heute nicht  
mehr anwendbaren alten Wehrgesetz sein.

## Die Berliner Oberbürgermeisterwahl.

Die Tatsache, daß für Groß-Berlin von der vorhande-  
nen starken sozialistischen Mehrheit nicht der unabhängige  
Kandidat Dr. Wehl, sondern der kommuniste Jodmann  
als Oberbürgermeister gewählt worden ist, zeigt deutlich,  
daß die Berliner Bevölkerung sich für die sozialistische  
Politik entschieden hat. Die demokratischen Standpunkte  
haben, daß man in der Gemeinde die Vertreter nicht nach poli-  
tischen Anschauungen befragen darf, sondern ausschließlich  
nach den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit  
einigen u. n. g. Zwar läßt die Sozialdemokratie ihrer Haltung  
rein persönliche Beweggründe unterzuordnen. Es betont,  
daß dem Unabhängigen Wehl die Erfahrung und die commu-  
nale Verwaltungspraxis mangelte. Aber im Grunde ist das  
wohl lauslich. Man darf wohl auch annehmen, daß die  
Wehrmilitärsozialisten nunmehr von der Befragung der Stab-  
ratsposten nach der Parteifrage abkommen werden. Es soll  
ja kein Stadtrat oder Bürgermeister zurückgewiesen werden,  
weil er Sozialdemokrat ist, sondern die politische Meinung  
ist für die Ausübung eines öffentlichen Amtes nicht maß-  
gebend. Nach der Wahl soll überhaupt nicht gefragt werden,  
sondern ausschließlich nach der sachlichen Eignung. Nur so  
können die wichtigsten Aufgaben der Gemeinde von heute  
gelöst werden.

Bei der Oberbürgermeisterwahl verhielt sich die Deutsch-  
nationalen wiederum ihre bisherige katastrophale  
Politik fortzusetzen. Ein Teil von ihnen stimmte gemein-

sam mit den Pinksradikalen für deren Kandidaten  
Dr. Wehl. Dieses Fehlurteil reichte aber zu einem Er-  
folge nicht aus. Wie „es“ die Deutschenationalen mit  
dem Berliner Gemeinwesen im Sinne hatten, geht aus  
nachfolgender Erklärung, die sie vor der Wahl abgaben, her-  
vor. Sie erklärten:

„Die beiden Bewerber um den Posten des Oberbürger-  
meisters sind nach unserer Ansicht gleichmäßig geeignet,  
in dieser schweren Zeit Berlin zu retten. Wir hoffen auf  
die Zukunft und überlassen die Gegenwart  
denjenigen, die die Verantwortung haben.“  
Das ist ein neues wertvolles Bekenntnis der Deutsch-  
nationalen, daß sie analog dem Verhalten der  
Pinksradikalen auch nur auf den nötigen  
Zusammenbruch hinzielen. Wollen jene die  
Diktatur von links, so wollen sie die Diktatur von rechts.  
So bezieht es das Parteinteresse.

## Gegen die Sabotierung des Parlamentarismus

Soll jetzt ernstlich vorgeschlagen werden. Neben dem We-  
hrtag, der bekanntlich eine neue Wehrverfassung ansetzen  
hat, die der Reichstag dem Wehrverfassungsausschuss  
für die Reichsregierung übermitteln hat, ist es besonders  
demokratisch, den Reichstag wieder arbeits-  
fähig machen. Aus der Wehrverfassung hat sich  
wieder mit diesen Fragen beschäftigt. Im der Hoffnung  
der kommunistischen Interaktionen zu bezeugen, die eine ge-  
ordnete Wehrverfassung der Wehrverwaltung unmöglich machen,  
ist im Wehrtag beschlossen worden, in Zukunft die Wehr-  
verfassung der Wehrverfassung genau anzupassen, was  
eine besondere Tag in jeder Woche für die Interpretationen zur  
Verfassung geübt werden soll. Da dann eine oder mehrere  
Interaktionen erlaubt werden können, das wird in jedem  
Einzelfall von den Interpellanten und den Parteien über-  
haupt abhängen. Eine Schwierigkeit entsteht allerdings dann,  
wenn eine Interpretation an dem betreffenden Tag nicht zu  
Ende beraten wird. Da sie nämlich in der Regel mit einer  
Abstimmung endet, so wäre es möglich, die Beratung um  
eine ganze Woche zu verschieben. Darüber sollten noch weitere  
Entscheidungen getroffen werden. Man darf daran, sie nicht  
mehr verschieben zu lassen, da sie ja sowohl in den Händen  
der Abgeordneten wie der Regierung sind und der Öffentlichkeit  
nicht mehr vorher aus dem Wehrverfassungsausschuss bekannt-  
gegeben wurden. Man will ferner grundsätzlich die schrift-  
liche Verantwortung einführen und die mündliche nur dann  
zulassen, wenn die Regierung die schriftliche Verantwortung  
längere Zeit (etwa 14 Tage oder 3 Wochen) verzögert hat.  
Schließlich sollen die kleineren Anfragen wieder strenger vom  
Reichstagspräsidenten auf Grund der Wehrverfassung vor-  
her darauf durchgelesen werden, daß sie nur Tatsachen und  
keine Anfragen oder Urteile gegen Regierung und Parteien  
enthalten. — Uebrigens hat der Reichstagspräsident Löbe  
eine Fragebogen an die Fraktionen versandt, worin er ihre  
Stellung zu folgenden Vorfragen erkundet: 1. Die Wehrzeit  
allgemein zu beschränken, 2. die zweiten Rednerzeiten wegfallen  
zu lassen, 3. einzelne Wehrverfassungsgesetze auf eine vorher  
bestimmte Zeit zu begrenzen, 4. das Verbot des Vorlesens  
schriftlich abgelehrt werden und nicht mehr durchzuführen, 5. bei  
einzelnen Wehrverfassungsgesetzen nicht mehr Unterschriften aller  
Parteien, sondern Parteigruppen (z. B. Regierungsparteien)  
zum Wort kommen zu lassen, 6. zur Einschränkung der  
Zwischenrufe die Freihaltung des Raumes zwischen Wehr-  
verfassungsgesetzen und Wehrverfassung durchzuführen. — Man  
sieht aus dem allen, daß es endlich ernst mit der Rettung  
des Parlamentarismus werden soll.

## Fragen der Sozialversicherung

würden gestern im Wehrverfassungsausschuss des Reichstages be-  
handelt, wobei der Regierungsvorredner leider mitteilen  
mußte, daß eine Erhöhung der Leistungen der Wehrverfassung  
zeitlich unmöglich sei. Der Regierungsvorredner erklärte  
ferner, daß Versicherungsarbeiten für die rüchliche Zeit nur  
zum doppelten Wert gekauft werden können. Es sei Schuld  
der Arbeiter, wenn sie nicht rechtzeitig gelebt hätten.  
Der demokratische Abg. Erlenz wendet dagegen ein, daß  
nach dem Wehrverfassungsausschuss der doppelte Wert nicht  
hätte bezahlt werden müssen. Er weist ferner darauf hin,  
daß die Wehrverfassung nicht mehr leistungsfähig bleiben  
könne; das ganze Wehrverfassungssystem sollte entlastet werden.  
Die Regelung der Arbeitslosenversicherung dürfe nicht  
aufgehoben werden. Nach einer Mitteilung, die der Minister  
Brauns machte, wird eine Altersversicherung eingeführt.  
Wegen der Drittelungsgrenze für die Renten-  
bemessung wird dem Reichstage demnächst ein Entwurf zugehen.  
Ebenso ist ein Gesetz wegen der Vorklage der Versicherungs-  
ankalten vorgelegt worden. Die Frage der Versicherung  
von Angestellten und Qualifizierungsleistungen ist dagegen  
noch nicht entschieden. Was die Änderung des § 63 des  
Kriegsbeschäftigungsgesetzes betrifft (Rufen der Kriegsbeschäftigten),  
so beschäftigt man sich, wie aus der An-  
wort eines Regierungsvorredners auf eine Frage des Abg.  
Erlenz folgt, sich jetzt mit der Frage, die die Verhältnis-  
sich nachsehen haben. Die Frage ist aber nur mit einer  
Abänderung des Einkommensteuergesetzes zu lösen. Erlenz  
ist der Meinung, daß eine Verringerung der Versicherungsbeiträge an-  
geordnet wird; 9000 Beamte und 27 000 Angestellte sind wirk-  
lich sehr reichlich. Die Arbeiterorganisation soll im Einklang  
mit dem Gesetzgebungsorgan abgebaut werden. Ebenso soll das  
Berufsalter in den Zusatzregeln, das nicht selten 100-188 Pro-

des Krankenbestandes beträgt, auf 30 Prozent des Kranken-  
bestandes herabgesetzt werden. Der antizipale Antrag des  
Deutschnationalen, die Zentralstellen für orthopädische Ge-  
wehrsachen aufzulösen, wurde abgelehnt.

## Briands Kammerrede.

In der Freitagssitzung der Kammer erklärte Minister-  
präsident Briand u. a.: Die Regierung hat die Wehrzeit, klar  
und deutlich die Lage aus einanderzusetzen und die Aufgabe  
vor Augen zu führen, daß ihr Ziel zu erreichen. Wir gehen  
morgen in eine neue Konferenz, in eine Atmosphäre  
gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger  
Zurückhaltung. (Anhaltender Beifall.) Aber ich treibe  
darauf, daß in einer solchen Lage die Kammer vollständige  
Aufklärung erhält. Zur Vertretung der Interessen Frank-  
reichs auf der Konferenz der Alliierten müssen unsere  
Vertreter völlige Handelsfreiheit haben. Seit zwei  
Jahren hat Frankreich seine Zahlung seiner Schuld verlangt.  
Wenn Deutschland mit seinen unerlösten Bewegungen  
und Fabriken sich alle Weltteile öffnen könnte, würden die-  
jenigen, die es angegriffen hat, ihm verfallen. (Beifall)  
Beifall.) Das französische Volk erwartet von seinem Parla-  
ment und seiner Regierung, daß sie ihm seinen Sieg und  
die Ergebnisse des Krieges zum Bewußtsein bringt. (Beifall.)  
Reicht das parlamentarische Instrument zum Zweck?  
Es gibt Leute, die behaupten, daß Frankreich seine Forderun-  
gen nicht selbst befriedigen könnte, und das, um die  
Lage in imperialistischer Absicht zu fördern. Ich spreche  
es laut vor aller Welt aus: Das ist nicht wahr. (Beifall)  
Beifall auf allen Bänken.)

Ich beabsichtige bei den Alliierten durchzusetzen, daß  
unmittelbare Ergebnisse erzielt werden, die Frankreich es  
möglich machen, nicht mehr neue finanzielle Opfer zu bringen.  
Wir werden in die Konferenz gehen als Gläubiger, und wenn  
der Schuldiger sich zahlungsunfähig erklärt, dann werden  
wir es natürlich die Argumente des Schuldners nur unter  
Vorbehalt der Prüfung annehmen. Ich werde nur er-  
wiesene Argumente gelten lassen.

Deutschland ist augenblicklich auf dem tiefsten Stand-  
punkt angekommen. Wenn wir nicht Vorbehalte für die Zu-  
kunft machen würden, würden wir die Hereingelassen sein.  
Deutschland arbeitet mit Emsigkeit. Es hat eine ungeheure  
Produktionskraft. Man muß also sofort provisorische Er-  
gebnisse annehmen und andere für die Zukunft vorbehalten,  
oder man muß aus der Ungleichheit erleben, ob es möglich  
ist, sofort Finanzergebnisse zu erzielen und den Krieg  
wieder aufzunehmen. (Beifall) Beifall auf zahl-  
reichen Bänken. Beifall auf zahlreicheren Bänken. Das ist die  
Schwieger des Reiches! Beifall auf allen Bänken.)  
Briand fortsetzend: Inwieweit der französische Ministerprä-  
sident wird die Teile des Reiches unterstützen. Ich überlasse  
der Kammer das Urteil. Derartige Behauptungen zerfallen  
an dem gebunden Menschenverstand des Landes. (Beifall)  
Beifall.)

Die Alliierten haben das Vortrecht festzustellen, ob  
Deutschland alle finanziellen Anstrengungen gemacht hat,  
ob es seine Hilfsquellen auch ausgenutzt hat, ob es nicht  
einen großen Teil seiner Hilfsmittel verheimlicht.

Vor dem Krieg gab es 500 000 Beamte in  
Deutschland, jetzt sind es 2 Millionen.  
Das wird erkannt werden müssen, während das Reich  
auf Frankreich Geld nach dem Ausland geliehen, Deutschland  
aber nicht. Wenn die Kassen leer sind, so haben sich die  
Privatleute bereichert und Deutschlands  
Privatleute müssen jetzt dafür solidarisch  
sein, daß keine Forderungen erfüllt werden.  
Die französische Regierung wäre im besonderen Maße  
leistungsfähig, wenn sie nicht alle Mittel ergreifen würde,  
bevor sie ihre Zukunft zur Gewalt nimmt. Dies wäre aber  
gerade das Gegenteil des Einverständnisses mit den Alliierten.  
Es sei überlegt, daß die Alliierten sich untereinander verständigen  
werden. Wenn die Forderungen festgestellt sind und wenn  
die Zahlungsverpflichtungen festgestellt sind, dann muß  
sich Deutschland auch beugen lassen, falls es  
dem Zwange nicht entgegensteht, wenn es  
erwünscht sollte, sich seinen Verpflichtungen  
zu entziehen.

Briand wandte sich dann der inneren Politik zu und  
erklärte zum Schluß, er nähme die Tagesordnung Anago an  
und dieser Tagesordnung wurde die Erklärung der Regie-  
rung beigestimmt. Man habe das Vertrauen zu der Regierung,  
daß sie die Rechte Frankreichs im Einverständnis mit seinen  
Alliierten verteidigen werde.  
Die Tagesordnung wurde mit 475 gegen  
68 Stimmen angenommen.

## Amerika und die Kreditfrage.

Einer Reutermeldung aus Washington zufolge erklärte  
Wilson vor dem Landwirtschaftsausschuss des ameri-  
kanischen Repräsentantenhauses: Die einzige Lösung  
der augenblicklichen Depression in den Vereinigten Staaten  
und der ganzen Welt ist die Gewährung von Kredi-  
ten an die bedürftigen Länder Europas und zwar nicht  
unmittelbar durch die Regierung, sondern durch die Bil-  
dung von Bankengruppen für die Finan-  
zierung des Auslandsverkehrs und durch  
eine private Kreditmission.  
Das Staatsdepartement hat der Ansicht Aus-  
druck gegeben, daß von den alliierten Mächten keine Maß-  
nahmen zur Lösung der bedrücklichen Lage in Österreich ge-  
troffen werden können, ohne vorherige Beratung mit dem

